

Landtag

Kaufmann wird FL-Fraktionsprecher

VADUZ Die Fraktion der Freien Liste hat an ihrer ersten Sitzung am Montag den neu in den Landtag gewählten Georg Kaufmann zum Fraktionsprecher bestimmt. Dies teilte die Partei am Dienstag mit. Kaufmann engagiert sich demnach schon seit Jahren in verschiedenen Funktionen für die Freie Liste, zuletzt als Vorstandsmitglied. An den Landtagswahlen hat der diplomierte Berufsberater, der momentan als selbstständiger Laufbahnberater und Case Manager arbeitet, im Oberland am meisten Stimmen für die Freie Liste geholt. Die Fraktion besteht neben Kaufmann aus Patrick Risch, der im Unterland am meisten Stimmen für die FL erhielt, und Thomas Lageder sowie den stellvertretenden Abgeordneten Helen Konzett Bargetze und Wolfgang Marxer. (red/lpfd)

Selbstunfall in Schaan

Frau fuhr mit vereisten Fenstern

SCHAAN Zu einem Selbstunfall kam es am Montagabend in Schaan. Glücklicherweise entstand nur Sachschaden; Personen wurden keine verletzt. Dies teilte die Landespolizei am Dienstag mit. Demnach war eine Frau gegen 21.15 Uhr mit ihrem Auto auf der Benderer Strasse in nördliche Richtung unterwegs. Da sie mit vereisten Front- und Seitenscheiben fuhr, bemerkte sie nicht, dass sie zu weit an den rechten Strassenrand geraten war und kollidierte in der Folge mit dem dortigen Eisenzaun sowie einem Leitpfosten. (red/lpfl)

Betrugsversuche

Inkassofirmen drohen mit Pfändung

VADUZ Zurzeit versuchen angebliche Inkassoabteilungen von deutschen Firmen auch in Liechtenstein Geld zu ergaunern, in dem sie E-Mail-Empfänger auffordern, Schulden zu bezahlen, die diese nicht verursacht haben. Darauf machte die Landespolizei am Dienstag aufmerksam. Sie rät, solche E-Mails zu löschen. (red/lpfl)

Unbekannte Täterschaft

Einbrüche in Triesen und Triesenberg

TRIESEN/TRIESENBERG Sowohl in Triesen als auch in Triesenberg waren in den vergangenen Tagen Einbrecher aktiv. Dies teilte die Landespolizei am Dienstag mit. Demnach verschaffte sich eine unbekannte Täterschaft zwischen Donnerstag, 16 Uhr, und Sonntag, 11 Uhr, Zutritt in ein unbewohntes Wohnhaus in Triesen, in dem sie ein Garagenfenster aufwuchtete und durchsuchte hiernach alle Räume. Es entstand ein Sachschaden von mehreren Hundert Franken. In Triesenberg stieg derweil eine unbekannte Täterschaft zwischen Sonntag, 21 Uhr, und Montag, 8 Uhr, über ein Dachfenster in den Jugendraum ein. Anschliessend hebelte sie die Tür eines Büro auf und entwendete eine Geldkassette. Es entstand ein Sach- sowie Vermögensschaden von mehr als 2000 Franken. (red/lpfl)

ANZEIGE

Safeshop24
Protect Solutions

Das Fachgeschäft für Sicherheit in Liechtenstein

Eschner Strasse 81 | FL - 9497 Bendern
Telefon: +423 371 16 16 | www.safeshop24.li

Partner: ARGUS, hedaco, sauter

Mauro Pedrazzini: «Wir dürfen uns jetzt nicht zurücklehnen»

Kostenentwicklung Die OKP-Kosten sind im Jahr 2016 um zwei Prozent gestiegen. Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini führt die geringe Steigerung auf verschiedene Massnahmen zurück. Gleichzeitig mahnt er aber, die Kosten im Blick zu behalten.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Herr Gesundheitsminister, wie beurteilen Sie die Kostenentwicklung des letzten Jahres?

Mauro Pedrazzini: Die Bruttoleistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung sind im Jahr 2016 um 2 Prozent gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Erfahrungsgemäss ist mit einem Anstieg der Anzahl der Versicherten von rund 1 Prozent zu rechnen. Pro Kopf sind die Kosten also um rund 1 Prozent angestiegen. In den Vorjahren hatten wir Wachstumsraten der Bruttokosten von 1,3 Prozent und 0,6 Prozent. Die in dieser Legislaturperiode ergriffenen Massnahmen haben also Wirkung gezeigt und wir konnten uns deutlich vom langjährigen Trend eines Wachstums von rund 5 Prozent absetzen. Unsere Arbeit im Gesundheitswesen hat also Früchte getragen.

Wieso sind die Kosten im stationären Spitalbereich derart gestiegen?

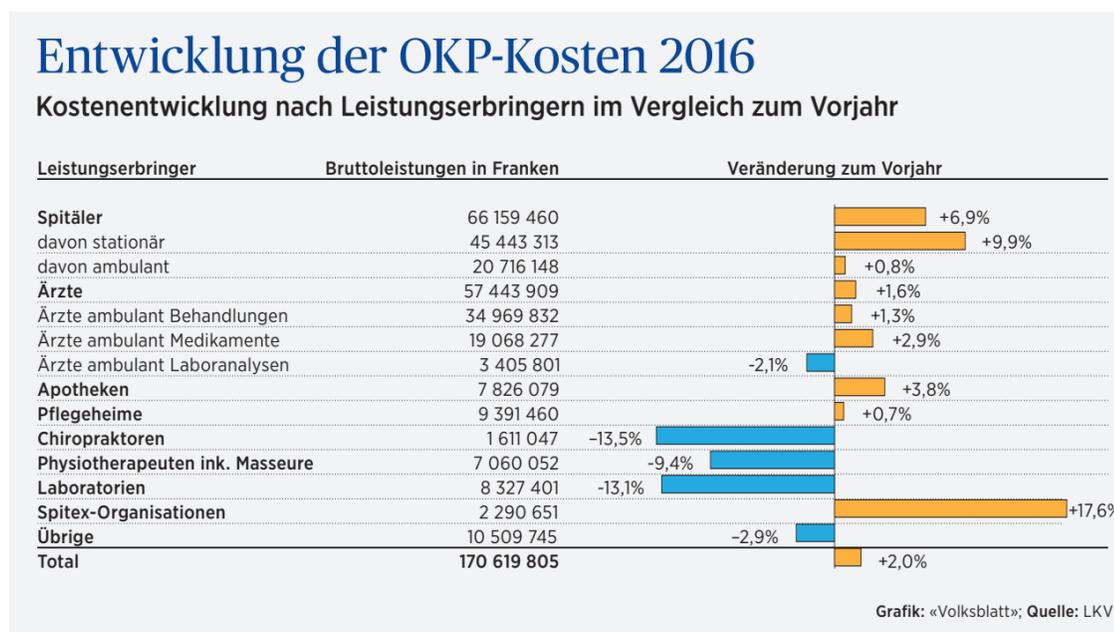
Die stationären Spitalkosten steigen seit Jahren stark an. Teilweise sind demografische Gründe dafür verantwortlich, teilweise aber auch das grosse und weiter steigende Angebot.

Wie lassen sich dort die Kosten eindämmen?

Es ist vor allem ein Problem des Mengenwachstums kombiniert mit finanziellen Fehlanreizen. Man sollte unnötige Operationen vermeiden und Operationen möglichst ambulant, also ohne Übernachtung im Spital, durchführen. Durch den technischen Fortschritt ist das bei vielen Eingriffen heute möglich, es wird aber oft nicht gemacht. Besonders bei Privatpatienten sind die Fehlanreize sehr gross. Gewisse Operationen können bis zu achtmal so viel kosten, wenn sie stationär ausgeführt werden, im Vergleich zur ambulanten Methode.

Befürchten Sie, dass es zu weiteren deutlichen Kostensteigerungen kommen wird, es sind ja diverse Privatkliniken in der Region erstellt worden oder noch im Bau?

Für mich ist absehbar, dass neue Kliniken mit einer entsprechenden Kostensteigerung verbunden



sind. Besonders betroffen werden auch die Zusatzversicherungen Privat und Halbprivat sein. Hier sind deutliche Prämienhöhungen zu befürchten. Privatspitäler suchen sich lukrative Nischen aus, die unrentablen Operationen und Behandlungen finden dann in den öffentlichen Spitälern statt, welche dadurch Marge verlieren.

Die Spitexkosten sind überdurchschnittlich gewachsen. Warum das? Heute werden mehr ältere Personen zu Hause gepflegt. Das schont die knappen und auch für die Krankenkassen teuren Plätze in den Altersheimen. Allerdings führt das auch zu einem Wachs-

tum bei den Kosten bei den Spitex-Leistungen, welche vor allem von den Familienhilfen angeboten werden.

Wie könnte man dort das Kostenwachstum bremsen?

Dieser Teil des Kostenwachstums ist eine unvermeidbare Konsequenz des erwünschten Trends in der Pflege, dass so lange wie möglich zu Hause gepflegt werden soll. Natürlich muss aber auch hier sorgsam mit den Mitteln umgegangen werden.

Die Stiftung Zukunft.li erarbeitet derzeit eine Studie zur Alterspflege - Themen dort sind eine stärkere Privatisierung der Alterspflege und auch die Schaffung einer Pflegeversicherung. Sind solche Vorschläge politisch durchsetzbar?

Das wird man sehen, wenn konkrete Vorschläge auf dem Tisch liegen. Insgesamt aber wird es sicher nicht einfach, eine zusätzliche Sozialversicherung einzuführen.

Aber wir müssen bei der Pflegefinanzierung gewisse Fortschritte machen. Heute sind die Kosten für die Pflege in vielerlei Töpfen versteckt, sodass die rund 40 Millionen pro Jahr, die Land, Gemeinden und Krankenkassen heute schon dafür ausgeben, nicht so deutlich sichtbar sind.

Sie haben angekündigt, sich weiter als Gesundheitsminister zur Verfügung zu stellen - wo muss Ihrer Ansicht nach in den nächsten vier Jahren der Hebel angesetzt werden, um das Kostenwachstum überschaubar zu halten?

Welchem Ministerium ich in den nächsten vier Jahren vorstehen werde, werden die Koalitionsverhandlungen ergeben. In den nächsten Jahren muss meines Erachtens die Kostenentwicklung im Spitalbereich angegangen werden, ohne jedoch die Entwicklungen bei den anderen Leistungserbringern aus dem Auge zu verlieren. Die Aufklärung der Patienten muss auch weiter verbessert werden. Wir dürfen uns jetzt nicht zurücklehnen, sondern müssen am Ball bleiben.

Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini erwartet, dass die KVG-Revision das Kostenwachstum dämpfen wird. (Foto: Paul Trummer)



Marijas Extrainer Armin Kekic: «Ich bin von den Behörden und der Bürokratie sehr enttäuscht»

Kontrovers Die Ausschaffung der 17-jährigen Marija Milunovic ist gestern vollzogen worden. Nun befindet sie sich in Serbien. Das Handeln der Schweizer Behörden kommt für viele überraschend. So auch für Marijas Exfussballtrainer.

Bereits am Dienstagmorgen sass Marija Milunovic im Flieger nach Serbien - um die Mittagszeit sei sie in Belgrad angekommen, wie die Mutter von Marija gegenüber «20 Minuten» bestätigte. «Ihr Vater hat sie mit einem Taxi vom Flughafen abgeholt.» Sie werde jedoch nicht bei ihrem Vater wohnen, das wolle Marija nicht, sondern in einem Hotel übernachten, schreibt «20 Minuten». «Warum es die Behörden plötzlich so eilig hatten, Marija auszuscha-

ffen, ist für mich unverständlich», meint ihr früherer Fussballtrainer Armin Kekic auf «Volksblatt»-Anfrage. «Es wurde uns eigentlich kommuniziert, dass man noch abwarten wolle.» Denn es zeichnete sich ein Hoffnungsschimmer ab: Das serbische Mädchen sollte eine Au-pair-Stelle bei einer Familie in Liechtenstein erhalten. Für das Gesuch musste sie sich in Serbien jedoch einen neuen Pass und weitere Dokumente ausstellen lassen. Das brauchte Zeit. Auch Marijas Anwalt Urs Bertschinger bemängelt gegenüber «20 Minuten» die Ungeduld der Schweizer Behörden: «Über zwei Jahre lang hatte man es nicht eilig mit Marijas Ausschaffung und jetzt kann man nicht einmal zwei bis drei Wochen auf den Entscheid warten.»

Ausschaffung rechtlich korrekt

Rechtlich gibt es an der Ausschaffung von Marija Milunovic nichts auszusetzen, wie Rene Hungerbüh-

ler, stellvertretender Leiter des Migrationsamtes des Kantons St. Gallen, gegenüber Radio L ausführte: «Letzte Woche hat die Rekursbehörde entschieden, dass sie den Entscheid über ein Wiedererwägungsverfahren im Ausland abwarten muss.»

Hoffen auf Liechtenstein

Besteht noch Hoffnung, dass Marija die Stelle als Au-pair in Liechtenstein antreten kann? Ihr Anwalt Urs Bertschinger gegenüber dem «St. Galler Tagblatt»: «Wir hoffen das natürlich schwer. Eine Gefahr besteht darin, dass jemand, der ausgeschafft worden ist, grundsätzlich ein Einreiseverbot für den Schengenraum erhält. Ob dies auch für Minderjährige gilt, müsste noch abgeklärt werden. Eine Möglichkeit besteht darin, dass Marija als Touristin nach Liechtenstein zurückkehrt und dann die Stelle antritt.» Auch Armin Kekic setzt auf die Karte Fürstentum: «In der Schweiz ist



Die 17-jährige Serbin Marija Milunovic lebte seit mehr als zwei Jahren in Sargans bei ihrer Mutter und spielte beim FC Balzers Fussball. (Foto: ZVG)

für mich jede Hoffnung gestorben. Ich bin von den Behörden und der Bürokratie sehr enttäuscht - nun ist das Land Liechtenstein gefragt.» In den sozialen Medien wird der Fall «Marija» kontrovers diskutiert. Während viele für mehr Menschlichkeit und weniger Bürokratie plädieren, ist für andere die Einhaltung der Gesetze wichtiger - und, dass alle vor diesem gleich behandelt werden sollten. (hm)